

Befragung eines DKP-Mitglieds

Frage: Warum wurden Sie Mitglied der DKP?

Antwort: Mich interessieren in erster Linie die konkreten Forderungen einer Partei; d.h., ich prüfe und unterstütze eine Partei je nach ihrem konkreten Programm. Grundsatzphilosophien stehen bei mir keinesfalls im Vordergrund und Parteien haben für mich keine Ewigkeitswertel

In der DKP fand ich die einzige Partei, die sich tatsächlich einsetzt für Mitbestimmung, Abbau der Bildungsprivilegien und Demokratisierung der Bildungsinhalte, Mitestop, humane Stadtanierung, Abschaffung der Klassen im Krankenhaus, Gleichberechtigung der Frau, Abrüstung und der Stop der Intervention in Vietnam, für Forderungen also, die unserer Verfassung voll entsprechen!

Außerdem machte ich die Feststellung, daß gerade die DKP in der Tradition der deutschen Demokratiesgeschichte steht. Hier denke ich an das, was August Bebel, der Begründer der deutschen Sozialdemokratie, der sicher kein Verfassungsfeind, aber Marxist war, vertrat, an das, wofür sich die Opfer des Hitlerfaschismus einsetzten, Angehörige der marxistischen Arbeiterbewegung, die durch ihren Anti-Hitler-Widerstand zu Hauptträgern dieser Demokratiesgeschichte wurden, oder auch an das, was Hans Böckler 1949 im Grundsatzprogramm des DGB feststellte, nämlich daß durch jene Sozialisierung der Grundstoffindustrien und der Strukturbestimmenden Produktionsmittel die Wiederkehr des Faschismus und eine wirtschaftliche und damit auch politische - demokratisch nicht legitimierte - Machtzusammenballung verhindert werden könnte.

Das Hauptelement der sozialistischen Arbeiterbewegung, das Bekenntnis zur Sozialisierung, findet sich ja schon bei Albert Einstein, Thomas Mann und allem, was Rang und Namen hat in der deutschen Literatur, bei Frau Indira Gandhi, wenn sie für die Nationalisierung der Grundstoffindustrien ist und sogar im Ahlsener Programm der CDU. Selbst in der Abschlußerklärung der Tagung der Nobelpreisträger - Böll als einer ihrer Unterzeichner! - in New York am 1. März d.J. war man einig darüber: "... Einige sind Sozialisten, andere nicht... Jedenfalls glauben wir alle, daß die Ausarbeitung von Alternativen zum herrschenden westlichen Wirtschaftssystem sofort öffentlich auf die Tagesordnung gesetzt werden muß und daß der Prozess der Diskussion und der politischen Mobilisierung hierfür jetzt beginnen muß."

Bei uns und heute finde ich den Grundgedanken der traditionellen Sozialdemokratie und deutschen Arbeiterbewegung, eben die

Sozialisierung oder zumindest die Feststellung, daß sich Demokratie auch auf den Bereich der Wirtschaft und der Gesellschaft erstrecken muß, um überleben zu können, nur noch konsequent bei der DKP. Wäre dem nicht so, d.h., könnten Sie mir nachweisen, daß beides, die oben genannten konkreten Forderungen, sowie dieser Grundgedanke auch bei anderen Parteien - z.B. der SPD - zu finden sind, wäre ich jederzeit bereit, diese zu wählen bzw. zu unterstützen.

Wenn viele SPD-Politiker behaupten, eine Sozialisierung habe keinen Platz bei uns, so gebe ich dann Schmidt recht, der meint, daß alle, die anderer Meinung sind, z.B. einige Jungsozialisten, eigentlich in die DKP gehören. Jeder echte Reformist gehört meiner Meinung nach dorthin.

Einletzter Faktor, der ebenfalls Anlaß für meinen Eintritt in die DKP war, ist die Tatsache, daß demokratische Forderungen der sozialistischen Arbeiterbewegung und der DKP, die früher als verfassungsfeindlich und 'kryptokommunistisch' verketzert wurden, wie die Anerkennung der DDR, die Ratifizierung der Ostverträge und des Atomwaffensperrvertrages und die Teilnahme am Kollektiven, europäischen Sicherheitssystem, KSZE genannt, sich heute durchgesetzt und sich als wichtige und legitime Faktoren unseres Verfassungslebens herausgestellt haben. Eben dies hat mit bewiesen, daß meine Partei eine der Hauptströmungen und ein starker Faktor der Demokratie ist!

Abschließend möchte ich darauf verweisen, daß im politischen Bereich wichtigste, gesellschaftspolitische Positionen der Gewerkschaft nur von der DKP vertreten werden. Ich zitiere dazu folgenden Ausspruch des DGB-Bundesvorsitzenden Heinz O. Vetter, den er im Rahmen seines Hauptreferats auf dem a.o. Bundeskongreß des DGB vom 14/15. Mai 1971 in Düsseldorf machte: "Nach wie vor wird unsere Gesellschaft von dem Grundkonflikt aller privatkapitalistischer Ordnungen beherrscht, dem Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Verfügungsmacht und Aneignung!"

Außerdem mache ich aufmerksam auf das Verwirklichungsgebot unerfüllter Verfassungsprinzipien in folgenden Artikeln unserer Bayerischen Verfassung:

Art. 153: Antimonopolistische Schutzvorschrift für den Werk-

tätigen Mittelstand gegen monopolistische Aufsaugung und für Weiterentwicklung durch genossenschaftlichen Zusammenschluß.

- Art. 156: Verbot privatwirtschaftlicher Machzusammenballungen und Monopolbildung, Verbot von Konzernen und Preisabreden zur Ausbeutung der breiten Massen und der Vernichtung mittelständischer Existenzen.
- Art. 157: Kapitalkildung nicht Selbstzweck, sondern zu Zwecken des Gemeinwohls.
- Art. 160: Sozialisierung und Gemeineigentum
- Art. 159: Enteignung aufgrund eines Gesetzes
- Art. 161: Staatlich überwachte Bodenverteilung und Abschöpfung des Bodenwertzuwachses für die Allgemeinheit
- Art. 166: allgemeines Recht auf Arbeit
- Art. 175: unmittelbarer Einfluß der Arbeitnehmer auf Leitung und Verwaltung der Betriebe.

Frage: Gibt es Ihrer Meinung nach etwas in der DDR, das nicht mit der fdGO übereinstimmt?

Antwort: Ich bin nicht gekommen, um die DDR oder deren Verfassung zu reden, sondern um mein Verhältnis zu unserer Verfassung klarzustellen! Die Diskussion von Verfassungssystemen anderer Länder, die ich genausowenig überblicke wie Sie, lehne ich ab, weil es hier um nichts anderes als unsere fdGO geht. Genauso würde ich es ablehnen, meine demokratische Überzeugung anhand der amerikanischen Südstaaten oder des französischen Präsidialregimes zu erörtern.

Außerdem bin ich der Meinung, daß jeder Staatsbürger Stellung nehmen kann und muß zu den streitenden Parteien in Vietnam, ohne daß sich der eine unmittelbar mit dem Verfassungssystem Ho Chi Minhs und der anderen mit dem Verbrüchlersystem Saigons identifizieren muß. Wenn z.B. bei uns jemand der Mehrheit des vietnamesischen Volkes den Vorzug gibt vor dem abgewirtschafteten Regime, wozu jeder anständige Mensch verpflichtet ist, dann will er doch deshalb nicht das Verfassungssystem Ho Chi Minhs in Bayern einführen!

Im übrigen finde ich das, worauf Ihre Fragestellung hinausläuft, unzulässig, nämlich zu sagen, daß jede sozialistische Bewegung und Partei, die es in allen Ländern gibt, solange illegitim sind, wie es eine UdSSR und eine DDR gibt!

In Bezug auf unsere Verfassung bin ich allerdings der Überzeugung, daß der große Einfluß der von der Existenz der UdSSR und der DDR ausgeht, kein schlechter war für diese Verfassung: von der UdSSR, weil sie den Faschismus besiegt hat und auch heute faschistische und kolonialistische Kräfte im Zaum hält, von der DDR, weil sich bei uns bei jeder Tarifverhandlung herausstellt, daß das in der DDR erreichte für unsere Arbeitgeber die unterste Grenze ist.

Um nochmal auf Ihre Frage zurückzukommen: Sie kennen meine Stellung zum Sozialismus! Das Verfassungssystem der DDR ergibt sich jedoch nicht aus diesem Begriff, sondern aus einer historisch einmaligen Entscheidungssituation: so wie die UdSSR aus dem zaristischen Rußland und die mongolische Volksrepublik aus einer feudalen Selbstherrschaft ohne bürgerlich-parlamentarische Tradition hervorgingen, entstand die DDR aus dem sowjetischen Besatzungsregime nach dem barbarischen deutschen Überfall. Abschließend erlaube ich mir eine Bemerkung: ich finde Ihre Meinung, meine Verfassungstreue in Bezug auf meine Meinung zur Verfassung

der DDR zu prüfen, ähnelt der Freiheitsdefinition, die der Präsident der Akademie für politische Bildung, Messerschmidt, 1962 auf dem Kongreß der Evangelischen Akademie in Tutzing gab: "Freiheit ist, was sie drüben nicht haben".

Frage: Wie stehen Sie zur DDR?

Antwort: Ihre Frage verblüfft mich: die DDR ist ein historisches Faktum, das man wie jedes andere Faktum zur Kenntnis nehmen muß, ohne in gewagte Spekulationen zu verfallen oder eine Wertung vorzunehmen. Ich bin für gute nachbarliche Beziehungen zur DDR wie zu allen Ländern und für eine Verbesserung dieser Beziehungen auf völkerrechtlicher Basis - für keinesfalls mehr! Die DDR und die Bundesrepublik Deutschland sind zwei verschiedene Staatswesen; eine gegenseitige Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten steht weder uns noch anderen zu - deshalb bin ich (in Übereinstimmung mit der DDR) für vollste gegenseitige Abgrenzung.

Frage: Sind Sie für die Chancengleichheit der Parteien?

Antwort: Ja, ich bin für die Chancengleichheit aller nicht-faschistischen Parteien. also aller Parteien, die auf dem Boden ^{der} GG stehen und ich bin für das Recht auf Ausübung einer Opposition.

Für die politisch-staatsrechtliche Chancengleichheit heißt das: ich bin nicht dafür, daß, wenn die DKP Regierungspartei wäre. CSU-Mitglieder Berufsverbot bekämen und ich bin dafür, daß die CSU im Sozialismus die selber Chance hat wie die DKP jetzt!

Eine andere Sache muß jedoch unter dem Begriff Chancengleichheit mit erörtert werden: die Frage nach der gesellschaftlich-politischen Perspektive einer Partei. Angenommen, es werden durch Beschlüsse auf parlamentarischem Wege die privaten Monopole sozialisiert, so verschlechtert sich notwendig die gesellschafts-politische Perspektive dieser privaten Monopole sowie ~~die~~ der von ihnen abhängigen und geförderten Parteien. Eine Partei wie dem Vorzeichen 'C' hat jetzt die Wahl, christliche Partei für den Mittelstand, die Kleinbauern und die konfessionell gebundene Arbeiterschaft zu werden, also sich neu zu artikulieren, und ihre politische Richtung zu ändern, oder zusammen mit ihren bisherigen Hauptförderern in den Hintergrund zu treten,.

Damit will ich sagen: Chancengleichheit der Parteien darf nicht als Garantie dafür gelten, daß die privaten Monopole als Hauptgaranten der Parteien des Großkapitals in ihrer bisherigen Bedeutung erhalten bleiben!

Frage: Sind Sie für die Gewaltenteilung?

Antwort: Ja, ich bin für die Gewaltenteilung in Legislative, Exekutive und Judikative, wie sie erstmals von Montesquieu konzipiert wurde. Wesentlich erscheint mir dabei, daß die Gewaltenteilung tatsächlich im Sinne des GG, Art. 20 ("Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus") verstanden werden muß, also die Legislative, als Volksvertretung durch das Parlament repräsentiert, den anderen Organen übergeordnet sein muß.

Der Tendenz heute, dem Parlament immer mehr Rechte zugunsten der Exekutive und Judikative zu entziehen (vom Gesetzesstaat zum Richterstaat!) stehe ich kritisch gegenüber, da dies unserer Verfassung widerspricht und der Demokratie schadet!

Insofern erstaunt mich Ihre Frage: Gewaltenteilung wird bei uns doch wohl nicht von Marxisten und Sozialisten immer mehr in Frage gestellt, sondern von den der CDU/CSU nahestehenden Staatsrechtlern.

Frage: Was verstehen Sie unter Revolution?

Antwort: Allgemein verstehe ich unter Revolution den Prozeß der Umgestaltung und Veränderung einer Gesellschaft im Sinne ihrer Weiterentwicklung. Will ich den Begriff 'Revolution' auf die heutige Situation beziehen, so gehe ich davon aus, daß: - ein gesetzmäßig verlaufender, sozialökonomisch bedingter und alle Lebensbereiche durchdringender Vergesellschaftungs- und Konzentrationsprozess stattfindet, daß auf der Grundlage dieses objektiven Prozesses die uneingeschränkte Anwendung der klassischen Methoden der Demokratie zum Sozialismus führen muß und bezeichne dann die Gesamtheit jener Prozesse, die zum Sozialismus, insbesondere zur Vergesellschaftung des Eigentums an den strukturbestimmenden Produktionsmitteln (im Sinne des GG, Art. 15) führen, als Revolution. Diese sozialistische Revolution entspricht damit einer Demokratisierung der Eigentumsverhältnisse.

age: Sind Sie für die Diktatur des Proletariats?

Antwort: Ihre Terminologie verwundert mich: Der Begriff 'Diktatur des Proletariats' war als wissenschaftlicher Terminus im 19. Jahrhundert zur Klärung, wer die gesellschaftliche Vormachtsstellung im Staat hat, üblich. Er stand für die Vorherrschaft der Mehrheit, drückte also die urdemokratische Forderung aus, daß die Staatsgewalt in den Händen der Lohnabhängigen als der Mehrheit des Volkes liegen soll.

Heute liegt beim Begriff 'Diktatur' der Gedanke an die Vorherrschaft der wenigen nahe, wie er sich in den rechten Diktaturen bewahrheitet. Die DKP kennt keine 'Diktatur des Proletariats'. ~~was sie will~~ Was sie will, ist der bestimmende Einfluß der Mehrheit der Lohnabhängigen; denn daß private wirtschaftliche Machtzusammenballungen eine Gefahr für die Demokratie darstellen und daß es nicht damit getan ist, wenn ein Herr Flick auch nur eine Stimme hat wie sein letzter Arbeiter, ist ja allgemein bekannt und anerkannt.

An dieser Forderung nach der Vorherrschaft der Mehrheit der Lohnabhängigen finde ich nichts zu beanstanden oder gar Verfassungswidriges, sondern ich meine, daß die 'Herrschaft des Volkes' Ergebnis jeder konsequenten Demokratie sein muß!

Frage: Rechtfertigen Sie die Intervention in die CSSR?

Antwort: Wir wollen uns hier keine Bildzeitungsargumente um die Ohren schlagen - darum bin ich dafür, daß wir in diesem Punkt zuerst einen gemeinsamen Begriffsrahmen finden müssen, d.h., was verstehen wir unter 'Intervention'?

Würden Sie es z.B. als Intervention bezeichnen, wenn, wie es im Deutschlandvertrag Art.5, Abs.2 festgelegt ist, die Westmächte berechtigt sind einzugreifen, falls die innenpolitische Situation bei uns sich so entwickelt, daß sie ihre militärischen Interessen bedroht sehen? und wenn ja, wäre dies eine rechtmäßige oder rechtswidrige Intervention? Erst wenn wir das geklärt haben, und gemeinsame Begriffe gefunden haben, bin ich bereit, über die Ereignisse im August 68 zu diskutieren und auch dann nur, wenn Sie gleichzeitig bereit sind, über die Ereignisse in Vietnam und Chile zu diskutieren.